

Die sechs Initiativgemeinden aus dem Waldenburger Tal Hölstein, Lampenberg, Langenbruck, Niederdorf, Oberdorf und Waldenburg nehmen Stellung zur Ausgleichsinitiative.

Wir stehen hinter der Ausgleichsinitiative

Im Kanton Basel-Landschaft sind die Sozialhilfekosten in den letzten Jahren dramatisch angestiegen. Sie haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt. Sechs Gemeinden aus dem Waldenburger Tal stehen hinter der Ausgleichsinitiative, weil sie selber betroffen sind von dieser Situation oder sich solidarisch mit den betroffenen Gemeinden erklären.

Gründe für den Kostenanstieg

Der Kostenanstieg ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Bund seine Sozialwerke wie die Arbeitslosenversicherung sowie die Invalidenversicherung auf Kosten der Sozialhilfe saniert aber auch dass sich gesellschaftliche Faktoren wie Veränderungen am Arbeitsmarkt, Migration und eine hohe Trennungs- und Scheidungsrate bemerkbar machen. Stark betroffene Gemeinden haben in der Regel einen guten ÖV-Anschluss und verfügen über ein günstiges Wohnraumangebot. Betrachtet man die Grafik der Verteilung der Sozialhilfekosten sind die Fakten erschreckend sichtbar.

15 Baselbieter Gemeinden stemmen 80 % aller Kosten

Kann es sein, dass der Grossteil der Sozialhilfe eine Angelegenheit von einzelnen Gemeinden ist? Darf es sein, dass die anderen wegschauen und denken „*mich trifft es ja nicht*“? Unter den Initiativgemeinden hat es Gemeinden, die aktuell nicht betroffen sind und dennoch hat ihre Gemeindeversammlung beschlossen, sich solidarisch der Initiative anzuschliessen und zwar im Sinne einer Art „Solidaritäts-Versicherung“. Denn es kann jederzeit jede Gemeinde treffen. Die bisherige Härtefalllösung löst zudem einen „Teufelskreis“ aus, weil in Not geratene Gemeinden um Härtefondsbeiträge zu erhalten zuerst alle ihre Eigenmittel aufzehren und den Steuerfuss bis ans oberste Limit erhöhen müssen. Erst dann kommen sie in den Genuss von Beiträgen. Solche Gemeinden sind aber nicht mehr attraktiv für gute Steuerzahler.

Was will die Initiative

Die nichtformulierte Gemeindeinitiative, genannt «Ausgleichsinitiative», sieht vor, 70 % der Nettosozialhilfekosten aller Gemeinden im Kanton in einem Pool zusammenzufassen. Dieser Gesamtbetrag wird dann auf alle Gemeinden nach Einwohnerzahl verteilt. Der Kanton ist an der Alimentierung dieses Pools nicht beteiligt. Die übrigen 30 % tragen die Wohngemeinden der Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger selber. Alle übrigen kantonalen Finanzflüsse, insbesondere die Ergänzungsleistungszahlungen, sind von dieser Regelung nicht betroffen. Die Gemeinden organisieren die administrative Umsetzung der Initiative selber. Die Initiative dient auch kleineren Gemeinden, die zum Beispiel allein wegen Zuzug einer einzigen grossen unterstützungsbedürftigen Familie an ihre finanziellen Grenzen kommen können. Die Ausgleichsinitiative schlägt eine unbürokratische «Versicherungslösung» unter allen Gemeinden vor.

Sollen einige wenige Gemeinden die sozialpolitischen Probleme des Kantons tragen müssen

Die Stimmberechtigten der Initiativgemeinden haben an ihren Gemeindeversammlungen im Jahr 2016 Ja zur Initiative gesagt. Nun kann das Stimmvolk des ganzen Kantons über zwei Lösungsansätze abstimmen: Die «Ausgleichsinitiative» will 70 % der Sozialhilfelasten über alle Gemeinden nach deren Einwohnerzahl verteilen. Der Landrat zielt mit einem Gegenvorschlag darauf ab, den stark belasteten Gemeinden allein ein Stück entgegenzukommen. Beides geht in die richtige Richtung, die Gemeinden zu stärken. Die Initiative geht aber im Sinne der heute betroffenen Gemeinden etwas weiter. Deshalb wird bei der Stichfrage ganz klar für die Initiative geworben.

Die Gemeinden Hölstein, Lampenberg, Langenbruck, Niederdorf, Oberdorf und Waldenburg bedanken sich für Ihre Unterstützung mit Ihrer Stimme am 10. Februar.